Londoner City kritisiert Berlin immer schärfer

Am britischen Finanzplatz wächst der Unmut über die Bundesregierung. Banken warnen, Investoren würden vom Anleihemarkt vertrieben. In der Debatte um die Pläne zur Einbindung privater Gläubiger wird mehr Zurückhaltung gefordert.

bes. LONDON, 25. November. Am Londoner Finanzplatz steigt die unverhohlene Kritik an der Bundesregierung und ihren Äußerungen über die künftige Einbindung privater Gläubiger an Not-Umschuldungen in der Währungsunion. „Wir glauben, die konstant ununterbrochen verunsichernde politische Rhetorik vertreibt Investoren vom europäischen Anleihemarkt", schrieb Nomura in seiner Tagesmeldung an Investoren in der City. „Sobald die Emissionstätigkeit im neuen Jahr beginnt, können die Politiker den Kürzeren ziehen, sollte bis dahin nicht geklärt werden, wie der Krisenmechanismus, der Zeitplan und wie technische Aspekte, zum Beispiel die Abstimmungsklauseln für Anleihen, aussehen sollen."

Scharfe Kritik äußerte Jean-Claude Juncker, Vorsitzender der Euro-Gruppe, an dem Verhalten der Bundesregierung. „Dieses Eindruckschinden vor nationaler Kulisse wirkt auf mich sehr störend, und es schadet der europäischen Idee", sagte Juncker gegenüber dem Rheinischen Merkur. „Beispielsweise musste Berlin nicht gegen andere einen permanenten Krisenmechanismus zur Lösung von Euro-Finanzkrisen durchsetzen. Alle wollten das. Wieso man dann so tut, dass nur einer das möchte, das ist mir schleierhaft." Dass in Deutschland Bund und Kommunen das europäische Gemeinwohl langsam aus den Augen verlören, mache ihm Sorge.

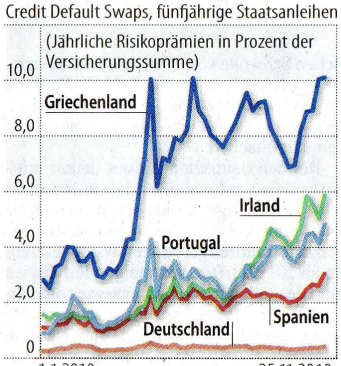
An den Finanzmärkten werden die von Deutschland erzwungene härtere Regulierung der Hedge-Fonds, das einseitige Vorpreschen beim Verbot der Leerverkäufe, die Wankelmütigkeit bei der Griechenland-Krise, die – sogar von der Bank von England kritisierten – Ausfälle gegen die Geldpolitik der Federal Reserve und die jetzt erzwungene Diskussion um die Einbindung privater Gläubiger als kontraproduktiv und oft gar sachlich falsch kritisiert.

Kritik am Ausverkauf: *Die Bank of Ireland versteigert ihre Kunstsammlung.* Foto dapd

Irland habe nicht schlecht gewirtschaftet, sondern habe vor der Finanzkrise eine Schuldenquote von nur 12 Prozent und nicht wie Deutschland 50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gehabt, schreibt die Financial Times. Die Schuldenquote sei erst durch die irische Bankenrettung explodiert. Allerdings habe die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) Irland über Jahre mit einem um 500 Basispunkte (5 Prozent) zu niedrigen Zinsniveau konfrontiert und den Boom mit ausgelöst. Jetzt indessen sei die Geldpolitik für Irland zu restriktiv, kritisiert BNP Paribas.

Die PIGS und Deutschland

Credit Default Swaps, fünfjährige Staatsanleihen



Quelle: Bloomberg F.A.Z.-Grafik Kaiser

„Wir müssen die Einbindung privater Gläubiger später diskutieren, wenn die Märkte ruhiger sind. Im Moment geht es um die Lösung der jetzigen Krise", warnt der Chef der Fondsgesellschaft Ocean Capital Management. „Die jetzige Diskussion kippt nur Öl ins Feuer und erhöht die Kosten einer Lösung." In der City wird das bisherige Konzept des Bundesfinanzministeriums zur Einbindung privater Gläubiger scharf kritisiert. „Ich habe sogar einige Sympathie damit, dass man die Mängel des Systems jetzt lösen und nicht erst zwei bis drei Jahre warten will", sagt Erik Nielsen, europäischer Chefvolkswirt von Goldman Sachs. „Aber ich bin völlig gegen das bisher veröffentlichte Konzept der Bundesregierung, vor allem wenn künftige Hilfe an ein Land von einer Umschuldung abhängen soll."

In der Londoner City wird es als falsch angesehen, dass die Bundesregierung mit vagen Ideen an die Öffentlichkeit presche, den Markt irritiere, ohne dass die Durchführbarkeit der Vorschläge geklärt wurde. „Bei dem Gerede über die Einbindung privater Gläubiger muss Zurückhaltung geübt werden", fordert Nomura. „Den Märkten zu drohen verschreckt Anleger nur vom Kauf weiterer Anleihen, und das gerade zu einer Zeit, wo zur Krisenbewältigung Investoren gewonnen werden müssen, die das höhere Nettoemissionsvolumen am Anleihemarkt in nächster Zeit zeichnen sollen."

Spanien hatte Anfang der Woche deutlich höhere Renditen bei seiner Auktion von drei- und sechsmonatigen Schatzwechseln bieten müssen, und am Donnerstag erhöhte sich die Rendite für zehnjährige Anleihen von Irland weiter auf 8,8 Prozent. Portugiesische Anleihen rentierten mit 6,8 Prozent und spanische Schuldtitel mit 5,2 Prozent. Die stetig steigende Risikoprämie von irischen gegenüber deutschen Anleihen veranlasste das europäische Clearinghaus LCH Clearnet, den Sicherheitsabschlag für irische Anleihen auf nun 45 Prozent zu erhöhen.

Quelle: FAZ vom 26.11.2010